



„Bin ein Mensch, dem das Lautstarke nicht liegt“

Heinrich Schmidinger ist noch bis Montag Präsident der **Universitätenkonferenz**. „Stille Diplomatie“ mit dem Ministerium war wohl nicht der beste Weg, sagt er. Zum Abschied wünscht er sich einen Kulturwandel.

INTERVIEW: Lisa Kogelnik

STANDARD: Sie sagen ganz offen, dass Ihre Amtszeit keine Erfolgsgeschichte war ...

Schmidinger: Ich mache etwas nicht besser, als es ist.

STANDARD: Was hätten Sie anders machen können, um eine positive Bilanz zu ziehen?

Schmidinger: Ich weiß nicht, ob ich es so viel anders hätte machen können. Man versucht immer sein Bestes. Natürlich hat das auch mit mir als Person zu tun. Ich bin ein Mensch, dem das Lautstarke nicht liegt und der von Kampf nicht viel hält, sondern auf stille Diplomatie und Vermittlung setzt. Bei dem Ergebnis muss ich zugeben, dass das vielleicht nicht der allerbeste Weg war.

STANDARD: Vor einem Jahr haben Sie gesagt, dass die zusätzlichen 615 Millionen Euro für die Unis „respektabel und anerkennenswert“ sind. Jetzt sagen Sie, dass die Unis kaum mehr aufholen können. Was ist passiert?

Schmidinger: Die 615 Millionen für die kommenden drei Jahre waren unsere Mindestforderung schon vor eineinhalb Jahren, um den Status quo halten zu können. Im bekannt angespannten Staatshaushalt ist nur den Universitäten eine solche Menge Geld zusätzlich gegeben worden. Das habe ich in der Tat – und ich tue es immer noch – respektabel genannt. In der Zwischenzeit hat sich allerdings geändert, dass diese 615 Millionen für einiges andere herhalten müssen, als geplant war. Dadurch ist die Summe deutlich verringert.

STANDARD: Wie kam es dazu?

Schmidinger: Ein ganz wesentlicher Bestandteil war die Finanzierung der gestiegenen Ärztegehälter. Diese Position bewegt sich in dreistelliger Millionenhöhe. Wenn wir solche Dinge übernehmen müssen mit dem Geld, das wir eigentlich bräuchten, um den Status quo abzudecken, geht es sich nicht mehr aus.

STANDARD: Das Wissenschaftsministerium sagt, dass die Gehaltssteigerungen der Ärztegehälter aus einer Reserve bezahlt werden. Dadurch würde das Budget nicht geschmälert. Stimmt das nicht?

Schmidinger: Das ist eine Frage der Ettikettierung. Es gibt ein Gesamtbudget, aus dem wird eine Ministerreserve gebildet. Aus dem heraus wird das bezahlt. Nur, letztlich ist es ein einziger Topf. Es ist egal, wo man es hernimmt, das Geld geht dann woanders ab.

STANDARD: Dass nicht mehr Geld für die Unis da ist, liegt auch an der Prioritätensetzung der Regierung. Warum haben die Hochschulen da so einen schlechten Stand?

Schmidinger: Das hängt damit zusammen, dass Wissenschaft und Forschung auch in der österreichischen Bevölkerung nicht jenes Standing haben, das sie in anderen Ländern besitzen. Dies findet

seinen Widerhall in der Politik. Andere Länder wie die Schweiz und Deutschland sind uns da voraus.

STANDARD: Wie könnte man das Ansehen der Wissenschaft steigern?

Schmidinger: So etwas lässt sich nicht von heute auf morgen machen. Das setzt einen Kulturwandel voraus. Dieser Kulturwandel – und das ist es, was mich deprimiert – kommt deshalb nicht zustande, weil sich Österreich ständig mit anderen Problemen befassen muss. Nur ein Beispiel ist das Hypo-Desaster. Man reagiert immer ad hoc und nicht langfristig. Dadurch setzt kein Kulturwandel ein, der auch den ganzen Bildungsbereich miteinbeziehen müsste.

STANDARD: Die Regierung denkt also zu kurzfristig?

Schmidinger: Nicht nur die Regierung. Das ist leider ein verbreitetes Phänomen, das ganz Österreich charakterisiert. Wir denken über das Budget von heute und morgen nach, treffen aber keine langfristigen Entscheidungen. Wir könnten etwa sagen, dass für uns Wissenschaft und Forschung Priorität

haben und dass wir deshalb Entscheidungen treffen müssen, die erst in zehn Jahren aufgehen. Das geschieht jedoch nicht. Hier klafft eine große Lücke zwischen dem, was angekündigt wird, und dem, was passiert. Alle Parlamentsparteien wollen zum Beispiel zwei Prozent des BIP für die Universitäten – de facto kommt es nicht dazu.

STANDARD: Apropos Pläne: In einem Universitätsentwicklungsplan bis 2021 sieht das Wissenschaftsministerium vor, 500 neue Professoren



Wissenschaft und Forschung finden in der österreichischen Bevölkerung weniger Rückhalt als bei den Bewohnern anderer Länder – das hat seine Rückwirkungen auf die Politik, klagt der scheidende Rektorchef Heinrich Schmidinger.

Foto: Heribert Corn

versitäten vor. Kann das Schließen von Studienrichtung sinnvoll sein?

Schmidinger: Wenn man sich auf die Zukunft einstellen will, muss man bereit sein, alles infrage zu stellen. Natürlich ist es notwendig, dass man unter anderem Studienrichtungen hinterfragt, die zu wenig nachgefragt sind. Das heißt nicht, dass man sie gleich schließen oder aufgeben muss. Man kann auch kreativ sein und zum Beispiel eine Studienrichtung mit zwei anderen Universitäten gemeinsam anbieten oder Studien innerhalb einer Universität bündeln.

STANDARD: Sie sagen, dass es zwischen den Universitäten an Solidarität fehlt. Warum?

Schmidinger: Seit 2002 sind Universitäten autonom und stehen auch konkurrierend zueinander. Es ist eine Kunst, eine Solidarität zwischen allen Universitäten herzustellen.

STANDARD: In welcher Situation wäre eine Zusammenarbeit der Unis besser gewesen?

Schmidinger: Wenn wir im Prozess der Leistungsvereinbarungen mehr gemeinsame Positionen hätten, würden wir sicher stärker sein. So verhandelt letztlich jede Universität für sich. Das ist verständlich, wir würden jedoch weiter kommen, wenn wir von Anfang an sagten, was für uns alle verhandelbar ist und was nicht.

STANDARD: Sie meinen, dass man so etwa hätte verhindern können, dass die Ärztegehälter in die Budgets fließen?

Schmidinger: Zum Beispiel, ja.

STANDARD: Die grüne Wissenschaftssprecherin Maurer hat zuletzt gesagt, dass die Rektoren zu viel mit Minister Mitterlehner „gekuschelt“ hätten. Was halten Sie von dieser Kritik?

Schmidinger: Kuscheln war es sicher nicht. Ich habe es nicht an die große Glocke gehängt, es hat aber natürlich ebenso verschiedene Meinungen und Auseinandersetzungen gegeben.

STANDARD: Zwei Rektorinnen kandidieren für Ihre Nachfolge. Welche Eigenschaften brauchen sie?

Schmidinger: Es ist wichtig, dass sie eine Fähigkeit zur Vermittlung haben. Nicht nur nach außen, sondern ebenso nach innen. Da braucht es viel Geduld, Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit.

HEINRICH SCHMIDINGER (61) studierte Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, habilitierte an der Uni Innsbruck im Fach Christliche Philosophie und ist seit 2001 Rektor der Universität Salzburg bzw. seit 2011 Präsident der **Universitätenkonferenz (Uniko)**. Am Montag wird seine Nachfolge gewählt.

renstellen zu schaffen. Für wie realistisch halten Sie das?

Schmidinger: Zunächst einmal finde ich es gut, dass es den Plan gibt. Ansonsten kann ich dazu nur sagen: Ich höre es wohl, allein mir fehlt der Glaube. Auf der einen Seite gibt das Ministerium selbst zu, dass das Budget sehr knapp ist,

auf der anderen Seite sollen 500 neue Professuren geschaffen und die Studienplatzfinanzierung in Angriff genommen werden. Ich sehe nicht, woher die Mittel kommen, die das abdecken sollen.

STANDARD: Mitterlehner schlägt eine stärkere Profilbildung der Uni-

Budgetverhandlungen mit Unis abgeschlossen

9,73 Milliarden Euro reichen allenfalls für den Status quo

Wien – Die Verhandlungen zu den Uni-Budgets für die kommenden drei Jahre sind abgeschlossen. Als Letztes hat am vergangenen Freitag auch die Medizinische Universität Wien die Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2016 bis 2018 unterschrieben, hieß es am Dienstag zum STANDARD aus dem Wissenschaftsministerium. Die Frist bis Ende Dezember sei somit eingehalten worden.

Das Ministerium verhandelt mit den 21 öffentlichen Universitäten sowie der Donau-Universität Krems das Budget immer für drei Jahre.

Insgesamt fließen 9,73 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 615 Millionen Euro im Vergleich zum Budget für die Jahre 2013 bis 2015. Wie der Präsident der **Universitätenkonferenz** Heinrich Schmidinger sagt, reicht dies allerdings

nicht einmal, um den Status quo halten zu können.

Etwas anders sieht das Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP).

„Mit diesem Budget stellen wir kontinuierliche Aktivitäten an den Universitäten sicher“, sagt er in einer Stellungnahme.

Profilbildung

Klar sei aber auch, dass es in budgetär herausfordernden Zeiten eine stärkere Steuerungsmöglichkeit und Profilbildung brauche. „Niemand soll additiv immer weiter in das Gleiche hineinschütten.“ Die Verhandlungen seien intensiv, konstruktiv und für alle Beteiligten positiv ausgefallen, sagt Mitterlehner. Im Rahmen der budgetären Möglichkeiten sei es gelungen, gezielt Schwerpunkte zu setzen, Stärken auszubauen

und die gesellschaftliche Verantwortung der Universitäten stärker zu forcieren.

Streitpunkt Ärztegehälter

Laut Wissenschaftsministerium waren „große“ Budgetthemen die Finanzierung von Bauvorhaben bzw. Generalsanierungen sowie Finanzierungsnotwendigkeiten im „Medizinbereich“. Großer Streitpunkt war ja, dass die Universitäten bis zuletzt kritisierten, auch die Ärztegehälter der Universitätskliniken zahlen zu müssen. Durch das neue Arbeitszeitgesetz gab es hier eine Kostensteigerung.

Das Ministerium verweist darauf, dass diese Zusatzkosten aus Budgetreserven beglichen werden und das Budget der einzelnen Unis dadurch im „engeren Sinn“ nicht geschmälert werde. (koli)